

Claus Heinrich Gattermann

Die Umbrüche in der islamischen Welt Nordafrikas und des Nahen Ostens

Sicherheitspolitische Implikationen für Deutschland

Inhalt:

Einleitung	2
1. Der islamische Raum	2
1.1. Staat und Gesellschaft	2
1.2. Religion	5
1.3. Wirtschaft, Infrastruktur und Ressourcen	6
1.4. Spannungen und Konfliktpotential	7
2. Deutschland und die islamische Welt Nordafrikas und des Nahen Ostens	9
2.1. Wirtschaftliche Faktoren	9
2.2. Politische Faktoren	10
2.3. Risiken	11
3. Handlungsmöglichkeiten deutscher Sicherheitspolitik	12
3.1. Ziele und Bedingungen	12
3.2. Der zivile Ansatz	13
3.3. Kleine Schritte – militärische Kooperation	15
3.4. „Hard Power“ – Die Projektion militärischer Machtmittel in den islamischen Raum Nordafrikas und des Nahen Ostens	16
Fazit	16
Literatur	17
Anhänge	20
Anhang 1: Islamische Staaten Nordafrikas und des Nahen und Mittleren Ostens	20
Anhang 2: Erdölförderung und –reserven im arabisch-islamischen Raum 2009	21
Anhang 3: Deutsche Rohölimporte nach Ursprungsregionen und –ländern Dezember 2008 bis November 2009	22

Einleitung

Die islamische Welt Nordafrikas und den Nahen Ostens ist durch die Demonstrationen, Aufstände und Umbrüche des letzten Jahres in den Fokus der deutschen Öffentlichkeit und Politik gelangt. Dabei hat sich gezeigt, dass es auf deutscher Seite an Konzepten mangelt, wie denn mit den Konflikten umzugehen ist.

Eine Betrachtung der sicherheitspolitischen Implikationen für Deutschland beginnt sinnvollerweise damit, die Strukturen des islamischen Raumes herauszuarbeiten: Staat, Gesellschaft, Religion und Wirtschaft. Dadurch wird klar, auf welchen Feldern es Konstanten gibt, die vermutlich auch nach der Umbruchphase weiterbestehen werden, und ebenso, in welcher Hinsicht überhaupt Veränderungen eintreten können. Danach sind die Beziehungen zu definieren, die zwischen Deutschland und dem islamischen Raum bestehen – und folglich die Gebiete, auf denen die Bundesrepublik von Umbrüchen getroffen werden kann. Den Schluß bilden Gedanken über Instrumente, die der deutschen Regierung zur Verfügung stehen, um auf Umbrüche, Konflikte und ihre Folgen zu reagieren.

1. Der islamische Raum

Der islamische Raum in Nordafrika sowie im Nahen Osten umfaßt zwanzig Staaten bzw. Staatenbünde, die von arabischer Sprache und Kultur geprägt sind. Einen Sonderstatus haben West-Sahara, dessen Staatsgebiet zum größten Teil von Marokko besetzt ist und das deshalb als internationaler Akteur weitgehend ausscheidet, Palästina als ein in zwei Gebiete geteiltes Territorium mit begrenzter Souveränität sowie der Iran, der als wichtiger Akteur hier in die Betrachtung einfließt, jedoch nicht dem arabischen Sprach- und Kulturbereich zuzuordnen ist.

Diese zwanzig Staaten erstrecken sich über ein Territorium von über zwölf Millionen Quadratkilometern. Die Bevölkerung besteht aus nahezu 380 Millionen Menschen, die ein Bruttosozialprodukt von 3559 Milliarden US-Dollar erwirtschaften. Im internationalen Vergleich übertreffen die islamischen Staaten dieser Region die Vereinigten Staaten von Amerika hinsichtlich Fläche und Bevölkerung um etwa ein Fünftel. Die Wirtschaftskraft dagegen beträgt nur etwa ein Viertel der US-amerikanischen.¹

1.1. Staat und Gesellschaft

Die zwanzig – oder neunzehn, wenn man das kaum handlungsfähige West-Sahara abzieht – Staaten der Region vom Atlantik bis zu den innerasiatischen Hochgebirgen verfügen über eine beträchtliche Bandbreite politischer Systeme. Sieben Staaten sind Erbmonarchien,² einer, die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), ein Zusammenschluß mehrerer Monarchien zu einem Bundesstaat unter Führung eines gewählten Oberherrn. In sechs Staaten herrschte bis zu den Unruhen 2011 ein auf Sicherheitskräfte bzw. Militär gestützter Diktator.³ Die übrigen Staaten zeichnen sich durch Besonderheiten ihres politischen Systems aus, die eine Klassifizierung enorm erschweren: Der Iran erscheint als islamisches Präsidialregime unter Kontrolle eines geistlichen Wächterrats, Libyen bis zum Herbst 2011 als einzigartiges revolutionäres Experiment unter dem

¹ The World Factbook der CIA (<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/index.html>, zuletzt aufgerufen am 21.02.2011); s. auch die Tabelle 1 im Anhang.

² Bahrain, Jordanien, Katar, Kuwait, Marokko, Oman und Saudi-Arabien.

³ Ägypten, Algerien, Jemen, Mauretanien, Syrien und Tunesien.

Staatschef Muammar al Gaddafi. Der Libanon, der Irak und Palästina sind als Gesamtstaaten nur begrenzt handlungsfähig, weil in ihnen verschiedene politische Kräfte immer noch um die Vorherrschaft ringen und die Schaffung eines Konsenses nur sehr unzureichend gelingt.

In keinem Staat der Region existiert eine funktionierende pluralistische Demokratie, selbst wenn einige Länder in unterschiedlichem Umfang demokratische Mechanismen in die Legitimation von Herrschaft einzubinden versuchen. Die Gründe dafür liegen einerseits in der Geschichte der Region, andererseits in Gesellschaftsstruktur und Religion.

Staatlichkeit funktioniert in den islamischen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens sowie in Nordafrika anders als im abendländischen Europa. Das liegt vor allem daran, daß – im Gegensatz zu z.B. Europa – zwischen dem Staat als Herrschaft ausübender Institution und den Staatsbürger als Individuum Zwischeninstanzen eingebettet sind, die mit dem Staat hinsichtlich des Anspruchs auf Loyalität der Bürger konkurrieren und oft nach patriarchalischen Prinzipien funktionieren.⁴ Solche Zwischeninstanzen können je nach Region und Land Familien, Großfamilien (Clans), Stämme oder Glaubensgemeinschaften sein, wobei oft mehrere dieser Instanzen neben- und übereinander bestehen.⁵

Stämme und Clans bilden in vielen islamischen Staaten der Region das Rückgrat der Gesellschaft.⁶ Sie gewähren ihren Angehörigen Schutz und Hilfe, vermitteln und sanktionieren bei einer Reihe rechtlicher Streitigkeiten und bewahren traditionelle kulturelle Werte – manchmal weit über die jeweiligen Staatsgrenzen hinaus. Damit verhindern sie den direkten Zugriff des Staates auf seine Bürger. Andererseits dienen die Stämme und Clans oft auch als Stütze staatlicher Macht. In den meisten Fällen können sich die regierenden Eliten der jeweiligen Staaten auf einzelne (oder mehrere) Stämme bzw. Clans stützen, die in die Herrschaftsarchitektur an entscheidenden Stellen eingebunden werden und im Gegenzug Vorteile genießen, nicht zuletzt solche wirtschaftlicher Natur.⁷ Im Vergleich zur europäischen Gesellschaft bemerkenswert ist, daß sich der Zusammenhalt von Stämmen und Clans generationenlang auch nach dem Umzug in Städte nicht verliert, also selbst den kompletten Wechsel wirtschaftlicher und infrastruktureller Lebensumstände aushalten kann.⁸

Die Grenzen der heutigen arabisch-islamischen Staatenwelt sowie des Irans resultieren nur zum Teil aus gewachsenen historischen Traditionen, außerdem stimmen sie keineswegs mit ethnischen, religiösen und Stammesgrenzen überein. Vielmehr ist die Grenzziehung meist ein Produkt des zwanzigsten Jahrhunderts, aus den Jahren der europäischen Kolonialherrschaft und der Zeit der Befreiung davon. Ähnlich verhält es sich mit den Nationen. Weite Bevölkerungssteile der arabisch-islamischen Welt verstehen sich zuerst als Araber und dann als Teil ihres Stammes bzw. Clans (oder umgekehrt). Erst weit dahinter rangiert in der Regel das Bekenntnis zum eigenen Staat, also das Selbstverständnis, beispielsweise Libyer, Jordanier oder Saudi-Arabier zu sein. Eine Ausnahme davon bildet die Bevölkerung des Iran, die aber eben auch nicht arabisch ist und außerdem auf die imperialen Traditionen eines historischen Großreiches (Persien) zurückblicken kann.

⁴ Kreitmeyr, Nadine und Oliver Schlumberger, Autoritäre Herrschaft in der arabischen Welt, in: APuZ 24/2010, S. 16-22, hier S. 18-19.

⁵ Suleiman, Sander Samir, Elitenwechsel und gesellschaftliche Transformation in der arabisch-islamischen Welt – Eine vergleichende Untersuchung zu Jordanien und Marokko, Diss. München 2009, S. 42.

⁶ Singh, Nagendra Kumar und Abdul Mabud Khan (Hg.), Encyclopaedia of the World Muslims – Tribes, Castes and Communities, Band 1, New Delhi 2001 (Nachdruck 2002), S. IX.

⁷ Suleiman, Sander Samir, Elitenwechsel und gesellschaftliche Transformation in der arabisch-islamischen Welt – Eine vergleichende Untersuchung zu Jordanien und Marokko, Diss. München 2009, S. 42.

⁸ Singh, Nagendra Kumar und Abdul Mabud Khan (Hg.), Encyclopaedia of the World Muslims – Tribes, Castes and Communities, Band 1, New Delhi 2001 (Nachdruck 2002), S. IX.

Als einigende Klammer der arabischen Staaten dient also weniger die Zustimmung der Gesamtbevölkerung als vielmehr die Herrschaft einer Elite. Diese Eliten müssen nicht unbedingt mit den Stammes- und Clanführungen identisch sein (wie es zum Teil bei den Monarchien der Fall ist), sie können vielmehr auch – bei fortbestehender Einbindung in die Stammes- und Clanlandschaft – technokratische oder militärische Ursprünge haben. Der Einfluß der Staatsführungen ist in jedem Fall auf bestimmte Politikfelder begrenzt: Sicherheit und Verteidigung, Infrastruktur und Wirtschaft, Finanzen, oft auch Bildung. Das in Europa so wichtige Gebiet der Gesellschafts- und Familienpolitik dagegen bleibt dem Zugriff der Regierungen entzogen und im konservierenden Verantwortungsbereich der Stämme und Clans. Gleiches gilt für die Religionspolitik: Der muslimische Klerus bildet nicht selten eine Art Gegenregierung, die bedeutenden Einfluß auf moralische und religiöse Fragen für sich reklamiert – manchmal auch auf allgemeinpolitische. Auf umfassende Veränderung abzielende Initiativen des Staates in diesen Bereichen würden die Legitimation der Regierung vor der Bevölkerung arg schwächen und im Extremfall zu einer Ablösung der staatlichen Eliten führen.

Folglich besteht auch die Machtbasis der den Staat regierenden Eliten bzw. Personen meist in bestimmten Ausdrucksformen von Staatlichkeit: Streitkräfte, Polizeien, Geheimdienste, gelenkte Medien und Bildungssystem. Die Regime sind autoritär, die staatlichen Institutionen dienen dazu, den Staat an sich und vor allem die regierende Elite zu erhalten.

Saudi-Arabien und der Iran sind in der Konstruktion ihres Herrschaftsgefüges anders aufgestellt als die übrigen Staaten. In beiden fungiert die muslimische Geistlichkeit als wichtige Stütze des Systems. Dem Militär dagegen stehen die Eliten beider Staaten aus Angst vor Staatsstreichen eher skeptisch gegenüber.⁹ Der Iran hat sogar neben der regulären Armee mit den Pasdaran noch eine besonders regimetreue Sonderstreitmacht geschaffen.¹⁰

Ein weiteres Charakteristikum, das alle Staaten der hier zu untersuchenden Region kennzeichnet, besteht in der Tatsache, dass es sich um sogenannte Rentierstaaten handelt: Die Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft sowie das wirtschaftliche Überleben der Bevölkerung beruht in hohem Maß auf einem ständigen Geldzufluß von außen, der teilweise von den herrschenden Regimes im Sinne der Systemstabilisierung ausgeschüttet wird. In den Golfstaaten und den nordafrikanischen Ländern Libyen und Algerien stammen diese Einnahmen zum großen Teil aus dem Export von Erdöl und –gas. Rohstoffärmere Staaten wie Ägypten, Tunesien, der Jemen und Marokko sind wirtschaftlich auf die Überweisungen von Gastarbeitern angewiesen, die entweder in Europa oder aber in den Öl produzierenden Staaten der Region arbeiten. Im Fall Ägyptens kommen noch die Gebühren aus der Suezkanalverwaltung hinzu. Einige Staaten (Tunesien, Ägypten, Marokko, z.T. Jordanien) konnten zudem über Einnahmen aus Tourismus verfügen.¹¹ Ein besonderes Problem der Rentenwirtschaften Nordafrikas und des Nahen Ostens besteht allerdings darin, dass die Einnahmen nur sehr ungleichmäßig an die Bevölkerungen ausgeschüttet werden. Im Regelfall sichert sich eine herrschende Elite den Löwenanteil, was zu einer Diskrepanz zwischen reichen Ober- und armen Unterschichten führt und somit auf Dauer den sozialen Frieden bedroht.¹²

⁹ Steinberg, Guido, Saudi-Arabien als Partner deutscher Nahostpolitik, SWP-Studie, Berlin 2008, S. 15.

¹⁰ Avenarius, Tomas, Schlagkräftige Stütze des Regimes – Revolutionswächter im Iran, Süddeutsche Zeitung vom 18.06.2009 (<http://www.sueddeutsche.de/politik/revolutionswaechter-in-iran-schlagkraeftige-stuetze-des-regimes-1.440524>, zuletzt aufgerufen am 28.03.2011).

¹¹ Mayer, Florian, Zur Bedeutung von Renteneinnahmen für die politische und ökonomische Entwicklung der MONA-Region: Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft, Papier der Friedrich-Ebert Stiftung, ohne Ort und ohne Jahr [um 2006/07] (<http://library.fes.de/pdf-files/iez/04276.pdf>, zuletzt aufgerufen am 28.03.2011).

¹² Schumacher, Tobias, Wohlstand für wenige – Die arabische Welt fordert mehr Wohlstand und soziale Gerechtigkeit, IP März/April 2011, S. 30-35.

1.2. Religion

Die Bevölkerung der zwanzig Staaten von West-Sahara bis zum Iran bekennt sich überwiegend zum Islam. Bedeutende christliche Minderheiten unterschiedlicher Konfession existieren lediglich in Ägypten (ca. 10 %), Syrien (15 %), dem Libanon (39 %), Jordanien (5 %) und Palästina (8 % im Westjordanland). Das Christentum im Irak (noch 3 %) ist in jüngster Zeit durch Verfolgung und Auswanderung nahezu zusammengebrochen. Nicht-christliche Minderheiten finden sich noch in Ansätzen im Irak sowie im Iran (Jesiden, Mandäer und Zoroastrier).¹³

Der Islam zerfällt in zwei große Richtungen, Sunna und Schia, die sich auch theologisch unterscheiden, vor allem aber durch Wertungen zur Nachfolge Mohammeds. Sie stehen sich schon seit Jahrhunderten gewaltbereit gegenüber. Allerdings sind weder Sunna noch Schia in sich homogen. Beide haben eine Reihe von Untergruppen herausgebildet, die entweder lokale Auslegungen des Islam darstellen oder aber größer theologische Strömungen.

Eindeutiges Zentrum der Schiiten ist der Iran, in dem die schiitische Auslegung des Islam Staatsreligion und zugleich Glaube von rund neunzig Prozent der Bevölkerung ist. Alle anderen Staaten Nordafrikas und des Nahen und Mittleren Ostens werden von sunnitischen Eliten regiert – mit vier Ausnahmen: Der Libanon bildet ein multireligiöses Staatswesen, in dem religiös-konfessionelle Parität herrscht. Der Irak besitzt eine schiitische Bevölkerungsmehrheit, die in letzter Zeit auch an der Regierung beteiligt ist, ein Novum, denn traditionell herrschten im Irak sunnitische Eliten über eine multireligiöse und multikonfessionelle Einwohnerschaft. Syrien wird durch die Familie Assad regiert, die einer schiitischen Sekte, den Alawiten, angehört. Die Bevölkerungsmehrheit Syriens bekennt sich gleichwohl zur sunnitischen Auslegung des Islam, weshalb die syrische Führungsschicht immer sehr zurückhaltend darin ist, ihren Glauben zu offenbaren. Und im Jemen schließlich gehört der Diktator Salih ebenfalls einem schiitischen Stamm an – regiert aber wie die Assad in Syrien eine sunnitische Bevölkerungsmehrheit.

Bezogen auf die Gesamtbevölkerung befinden sich die Schiiten im Iran, im Irak und in Bahrein in der Mehrheit, bedeutende Minderheiten leben in einigen Monarchien am Persischen Golf (Kuweit, Vereinigte Arabische Emirate, Katar, Saudi-Arabien), im Jemen und im Libanon, sowie, zählt man die Alawiten zu den Schiiten, auch in Syrien.

Der Bogen, den schiitische Mehr- und Minderheiten vom Iran und dem Persischen Golf im Osten über den Irak bis in den Libanon formen, wird in Teilen der sunnitischen Glaubensgemeinschaft Arabiens als *schiitischer Halbmond* bezeichnet und als Bedrohung sunnitischer Rechtgläubigkeit und Vorherrschaft in der Region aufgefasst. Dabei wird häufig übersehen, dass auch die Sunna durchaus nicht homogen und vor allem auch in Bewegung ist. So geraten zahlreiche lokale Glaubensstraditionen in den letzten Jahren und Jahrzehnten unter Druck, sich in fundamentalistischem Sinn zu verändern. Dieser Druck geht nicht zuletzt von Saudi-Arabien aus, in dem die islamisch-puristische Auslegung der Wahhabiya dominiert und mit Hilfe saudischen Geldes und durch die Herrschaft über die heiligen Stätten in Mekka und Medina zunehmend in andere Staaten exportiert wird.

Zwar verstehen sich alle Staaten der Region – abgesehen vom Libanon – als muslimisch. Die Rolle der Religion in Staat und Gesellschaft ist jedoch durchaus unterschiedlich. Das bezieht sich vor allem auf den Einfluß, der der muslimischen Geistlichkeit sowie streng gläubigen Bevölkerungskreisen auf die Politik zukommt. Dieser ist lediglich in Saudi-Arabien und im Iran institutionalisiert. In den übrigen Staaten herrschen mehr oder weniger laizistische Eliten mit der Folge, daß sich große streng-islamische Bevölkerungsgruppen (u.a. die Muslimbruderschaft und ihre Ableger) in Opposition zum Staatsapparat befinden und von diesem als latente Bedrohung wahrgenommen werden.

¹³ Anderson, Ewan William, *The Middle East – Geography and Geopolitics*, London/New York 2000, S. 142-143.

1.3. Wirtschaft, Infrastruktur und Ressourcen

Die Volkswirtschaften Nordafrikas sowie des Nahen Ostens sind abhängig vom Erdöl- bzw. Ergasexport.¹⁴ Diese Abhängigkeit ist entweder direkt (bei den wichtigen Förderländern Algerien, Bahrein, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Oman, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate) oder indirekt über Gastarbeiterrücküberweisungen (Ägypten, Jemen, Jordanien, Libanon, Marokko, Palästina, Syrien, Tunesien).

Allerdings ist in den letzten Jahren zu bemerken, daß die Erdölproduzenten ihre Arbeitsmärkte in unterschiedlichem Maß nationalisieren und versuchen, Gastarbeiter wenigstens teilweise durch eigene Arbeitskräfte zu ersetzen. Das kann erhebliche Auswirkungen auf die Volkswirtschaften der Entsendestaaten haben. Ein weiteres Problem der direkten oder indirekten Abhängigkeit vom Öl- bzw. Gasexport liegt in der trotz Preissteigerungen und Erhöhung der Fördermengen nicht endlos möglichen Steigerung der Einnahmen. Verschärfend kommt hier das Bevölkerungswachstum in allen Staaten der Region hinzu, das dazu führt, daß die Exporterlöse auf eine erheblich größere Zahl an Personen aufgeteilt werden müssen. Tendenziell sind also die Perspektiven des Rohstoffexports begrenzt, eine Erkenntnis, auf die die Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens bislang vor allem mit der Bildung von Rücklagen reagieren. Ein zweiter, von den Staaten des Maghreb (Marokko, Algerien, Tunesien) begangener Weg ist der Aufbau von Gastarbeiterpopulationen in Europa, die eine begrenzte Teilhabe am Wirtschaftserfolg namentlich Frankreichs, Italiens und Spaniens garantieren.

Abgesehen von Sondereinnahmen, die einige Staaten aufgrund geographischer Lage oder politischer Besonderheiten erzielen (Tunesien: Ergaspipeline von Algerien nach Italien; Ägypten: Suezkanal; Palästina: Entwicklungshilfe), bietet bislang einzig der Tourismus eine Möglichkeit, unabhängig vom Ölgeschäft Deviseneinnahmen zu erzielen. Allerdings waren in der Vergangenheit angesichts politischer Unsicherheiten nur Tunesien, Ägypten und in begrenztem Umfang Jordanien in der Lage, eine relevante Tourismuswirtschaft auszubauen. Eine Ausnahmestellung nehmen die Vereinigten Arabischen Emirate ein: Dort erzielen nur drei der sieben Emirate hohe Einnahmen aus dem Ölgeschäft, die übrigen vier haben sich als Wirtschafts- und Tourismuszentren etabliert (und erlangen zusätzlich Subventionen der Öl-Emirate).

Abgesehen vom Libanon und den Palästinensergebieten zeichnet alle Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens eine überaus ungleichmäßige Siedlungsstruktur aus. Die naturräumliche Gliederung (riesige Wüstengebiete, im Falle des Iran und im Maghreb auch Gebirgsregionen) erzwingt die Konzentration der Einwohnerschaft in vergleichsweise kleinen Landstrichen. Auf diese Landstriche ist dann auch die intensive Landwirtschaft begrenzt, andernorts ist – wenn überhaupt – allenfalls extensive Viehhaltung möglich. Hauptursache dafür ist die unzureichende Verfügbarkeit von Süßwasser,¹⁵ ein Problem, das sich angesichts des rasanten Bevölkerungswachstums verschärft und mit einer drückenden Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten einhergeht. Die Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens versuchen zunehmend, Investitionen im Ausland zur Linderung dieser Versorgungsmisere einzusetzen.¹⁶

Durch den nordafrikanischen und nah-östlichen Raum führen für die Weltwirtschaft enorm wichtige Versorgungswege. Einerseits die großen Schifffahrtsrouten aus Atlantik und Mittelmeer in den Indischen Ozean und nach Ostasien, andererseits Drehkreuze der Telekommunikation und drittens Versorgungsleitungen zum Transport von Erdgas. Neuralgische Punkte, an denen

¹⁴ Siehe Anhang 2.

¹⁵ Zur Wasserknappheit allgemein s. Anderson, Ewan William, *The Middle East – Geography and Geopolitics*, London/New York 2000, S. 72-82.

¹⁶Böll, Martin, Arabische Golfstaaten investieren weltweit in Landwirtschaft (<https://www.gtai.de/fdb-SE,MKT201101198018,Google.html>, zuletzt aufgerufen am 29.03.2011).

sich der Schiffsverkehr konzentriert und die daher von besonderer strategischer Bedeutung sind, finden sich vor allem vor Marokko (Straße von Gibraltar), in Ägypten (Suezkanal), zwischen Ägypten, Saudi-Arabien und dem Jemen (Rotes Meer mit der Meerenge Bab al-Mandab) sowie zwischen dem Iran, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Oman (Straße von Hormus). Über Ägypten (Alexandria und Sues) verlaufen Kabelstränge (SEA-ME-WE) für die Kommunikation zwischen Europa, dem Nahen und Mittleren Osten sowie Ostasien. Erdölpipelines zwischen den Ölfördergebieten am Persischen Golf bzw. in Nordafrika und den Abnehmerländern existieren momentan nicht, da Öl größtenteils per Schiff transportiert wird. Allerdings fließt Ergas aus Algerien und Libyen über Pipelines nach Italien (Libyen-Italien und Algerien-Tunesien-Italien) und nach Spanien (Algerien-Marokko-Spanien).

1.4. Spannungen und Konfliktpotential

Innerhalb der islamischen Staatenwelt Nordafrikas und des Nahen Ostens sind Konflikte zwischen Staaten selten, weil die Regimes der einzelnen Länder keine expansiven Außenpolitiken verfolgen, sondern auf Selbsterhalt und Stabilität im eigenen Staat bedacht sind. Von diesem Prinzip gibt es in jüngerer Zeit nur wenige Ausnahmen:

1. Die Besetzung weiter Teile von West-Sahara durch Marokko. Angesichts der geringen Bevölkerungszahl West-Saharas, der Dauer und des Umfangs der marokkanischen Besatzung und der Masseneinwanderung von Marokkanern ist der Konflikt zwischen Marokko und der Frente Polisario abgesehen von aller staatsrechtlichen Wertung heute faktisch eher als innerstaatliche Auseinandersetzung in Marokko denn als internationaler Konflikt einzuordnen.¹⁷
2. In Nordafrika und dem Nahen Osten kam und kommt es immer wieder zu Spannungen wegen nicht hinreichend geklärter Grenzziehungen zwischen den Staaten. Sie beruhen meist auf Widersprüchen zwischen historischer Zugehörigkeit, kolonialer Grenzziehung und heutigem Grenzverlauf. Die Masse dieser Grenzstreitigkeiten hat keine strategische Bedeutung. Ausnahmen in dieser Hinsicht stellen der Streit zwischen den Vereinigten Arabischen Emiraten und dem Iran über einige Inselgruppen in der Straße von Hormus¹⁸ sowie der zwischen dem Iran und dem Irak um die Nutzung des Schatt al-Arab (Meereszugang des Irak) dar.¹⁹
3. Die bedeutendste Quelle von Spannungen zwischen den muslimischen Staaten der Region ist die Auseinandersetzung zwischen dem Iran als schiitischen, nicht-arabischer Regionalmacht und den arabisch-sunnitischen Regimes des Nahen Ostens. Dafür gibt es mehrere Ursachen: So versteht sich der Iran als Vormacht der schiitischen Welt, die sich in der Pflicht sieht, die schiitischen Bevölkerungen des Nahen Ostens gegen ihre sunnitischen Führungen zu unterstützen. Hinzu kommt die Konkurrenz mit Saudi-Arabien um die Kontrolle über Mekka und Medina, die sowohl für die Sunna als auch für die Schia von herausragender Bedeutung sind. Der Iran fordert das Recht für die Schiiten, die heiligen Stätten ohne Auflagen durch die saudische Wahhabiya aufsuchen zu dürfen – was wiederum dem saudischen Selbstverständnis widerspricht. Und schließlich betrachtet sich der Iran als einzig wirklich revolutionäres islamisches System der Region, mit der Folge, daß von Teheran aus immer wieder islamistische Volks- und Widerstands-

¹⁷ Döring, Till, Der Konflikt um die Westsahara. Die MINURSO – eine „Mission Impossible“?, München 2010, S. 3-10 und 17ff.

¹⁸ White, Stephen, Iran claims UAE has agreed to Gulf island talks, Construction Week vom 22.03.2011 (<http://www.constructionweekonline.com/article-11503-iran-claims-uae-agreed-to-gulf-island-talks/>, zuletzt aufgerufen am 30.03.2011).

¹⁹ Zand, Bernhard, Pulverfaß am Schatt al-Arab, Der Spiegel vom 28.03.2007 (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,474342,00.html>, zuletzt aufgerufen am 30.03.2011).

bewegungen unterstützt werden. Der Ausbau von schiitischen Machtpositionen im Irak und dem Libanon (Hisbollah) wird daher von den autoritären sunnitischen Eliten der Region als Bedrohung gesehen.²⁰

Weitere Spannungsfelder für die islamische Welt Nordafrikas und des Nahen Ostens ergeben sich aus Interessenkollisionen mit nicht-muslimischen Staaten:

1. Von immenser Bedeutung für das Selbstverständnis der muslimischen Bevölkerungen ist der Konflikt mit Israel und – zum Teil daraus resultierend – ein angespanntes Verhältnis der zu den Vereinigten Staaten von Amerika und Teilen Europas. Israel gilt als Fremdkörper in der islamischen Staatenwelt, der durch militärische Stärke und internationale Unterstützung in der Lage ist, Jerusalem zu beherrschen und außerdem die Kontrolle über wichtige Ressourcen der Umgebung (Wasser) zu behaupten. Hinzu kommen die Vertreibung großer Teile der arabischen Bevölkerung Palästinas und die Verelendung der verbliebenen Palästinensergebiete.
2. Wirtschaftliche Abhängigkeit und ein seit Jahren fortschreitender Prozeß der (kulturellen und wirtschaftlichen) Globalisierung bedrohen nach Auffassung großer Teile der muslimischen Welt die islamische Gesellschaftsordnung und deren Kultur durch das Eindringen „westlicher“ Werte. Als Hauptgegner gelten in diesem Zusammenhang die USA als westliche Führungsmacht.
3. Latente Spannungen bestehen zwischen Spanien und Marokko um den Besitz der spanischen Exklaven Ceuta und Melilla sowie um einige kleinere Inseln vor der marokkanischen Küste bzw. in der Straße von Gibraltar.

Die jüngsten Aufstände in zahlreichen Staaten der Region haben einmal mehr deutlich werden lassen, daß sich kaum ein muslimisches Regime Nordafrikas und des Nahen Ostens der generellen Zustimmung aller Bevölkerungsteile sicher sein kann. In nahezu allen gab und gibt es im Jahr 2011 Demonstrationen und Aktionen gegen die regierenden Eliten, in einigen sogar gewaltsame Auseinandersetzungen (Tunesien, Jemen, Ägypten, Bahrein) bis zum Bürgerkrieg (Libyen). Verlauf und Motivation des Aufbegehrens sind dabei ebenso verschieden wie die Identität der sich gegen die Herrschaft Auflehrenden. Doch existieren einige Gemeinsamkeiten, die Entstehung und Verlauf der Bewegungen erklären können:

- Alle islamischen Staaten der Region verzeichnen schon seit Jahren ein gewaltiges Bevölkerungswachstum. Als dessen Folge gibt es in allen Staaten eine Vielzahl junger Menschen, vor allem Männer, die die regionalen Arbeitsmärkte nicht aufnehmen können und die folglich auf absehbare Zeit keine Chance haben, eine gesellschaftlich anerkannte Lebensperspektive (u.a. Heirat) zu verwirklichen. Dieses Problem verschärft sich, wenn ölproduzierende Staaten ihre Arbeitsmärkte nationalisieren und damit einhergehend die Beschäftigungsmöglichkeiten für Gastarbeiter aus bevölkerungsreichen Ländern wie z.B. Ägypten reduzieren.
- Bei den Revolten in Ägypten und Tunesien spielte das Internet eine wichtige Rolle. Es diente als Medium, mit dem große Menschenmassen, vor allem aber die politisch interessierten jungen Menschen rasch Netzwerke bilden und weitgehend unbeeinflusst von den Regierungen kommunizieren konnten. Verstärkt wurde die Wirkung des Internets durch das Fernsehen, das – u.a. durch Sender wie Al-Dschasira – über die Ereignisse berichtete und zu einer Solidarisierung der die Protestbewegung tragenden Kräfte beitrug.

Allerdings ist momentan nicht abzusehen, wie die islamische Welt Nordafrikas und des Nahen Ostens aussehen wird, wenn die Aufstände und Proteste einmal beendet sein werden.²¹ Das

²⁰ Yaron, Gil, Der schiitische Halbmond wird rund – Und der Westen verliert seine ehemaligen Verbündeten, IP März/April 2011, S. 38-43.

Ergebnis wird sich aber an den im Verfolg dieser Arbeit skizzierten Grundbedingungen gesellschaftlichen und staatlichen Lebens im islamischen Raum orientieren müssen: So wird die starke Stellung der Religion sich erhalten, vielleicht sogar noch weiter verfestigen. Stammes- und Clanstrukturen werden sich nicht auflösen, sondern auch zukünftig eine tragende Rolle bei der Organisation der islamischen Gesellschaften spielen. Und auch die Bedeutung der wichtigsten Ressourcen (Erdöl bzw. –gas, Wasser) wird sich nicht vermindern. Vor diesem Hintergrund ist die Entstehung pluralistischer Demokratien, in denen die Menschenrechte nach europäischem Verständnis in vollem Umfang allgemein anerkannt werden, kaum zu erwarten.

2. Deutschland und die islamische Welt Nordafrikas und des Nahen Ostens

2.1. Wirtschaftliche Faktoren

Die Bundesrepublik Deutschland ist in hohem Maße auf den Import von Erdöl und –gas angewiesen. Dieser Import bewegte sich zwischen Dezember 2008 und November 2009 in der Größenordnung von nahezu 100 Millionen Tonnen (nach rund 105 Millionen Tonnen im Jahr davor). Die direkte Abhängigkeit von Erdöllieferungen aus Nordafrika und dem Nahen Osten war im Vergleich zu anderen Industrieländern allerdings gering.²² Insgesamt kamen etwa 18 Prozent der Importe aus Ländern dieser Region, wobei Libyen mit 8,7 Millionen Tonnen die eindeutig wichtigste Position einnahm. Die ölreichen Golfstaaten erreichten lediglich einen Lieferanteil von etwa sechs Prozent.²³

Diese Zahlen dürfen jedoch nicht den Blick dafür verstellen, daß das Öl aus Nordafrika und dem Nahen Osten von zentraler Bedeutung für die Weltwirtschaft hat. Eventuelle Unsicherheiten bei Förderung oder Export dürften sich auch auf Deutschland auswirken, einerseits durch den Ausfall von eben bis zu 18 Prozent des Liefervolumens, andererseits aber auch durch Preisanstiege und die Tatsache, daß in diesem Fall die übrigen Ölimporteure vermehrt auf die Lieferländer zugreifen müßten, aus denen Deutschland momentan den Hauptteil seines Rohöls bezieht.

Nun ist ein dauerhafter Ausfall von Rohöllieferungen aus Nordafrika und dem Nahen Osten ein sehr unwahrscheinliches Szenario, denn keine denkbare Regierung oder Elite der Region wird angesichts des Fehlens anderer Einnahmequellen zur Versorgung der Bevölkerung auf den Verkauf des Erdöls an die verbrauchenden Industriestaaten verzichten können. Möglich sind allenfalls kurzzeitige oder räumlich begrenzte Lieferausfälle durch Krieg, Unruhen oder Bürgerkrieg.

Erheblich größere Risiken bestehen für die Verkehrswege, die durch die Region führen. Während die Straße von Gibraltar und die Meerenge Bab al-Mandab zwischen dem Jemen, Eritrea und Dschibuti von regulären See- oder Luftstreitkräften der Nachbarstaaten kaum auf Dauer erfolgreich zu sperren sind, liegt eine Schließung der Straße von Hormus oder des Suezkanals durchaus im Bereich des Denkbaren, zumal es historische Beispiele gibt: Der Schiffsverkehr im Persischen Golf und durch die Straße von Hormus war im Krieg zwischen dem Iran und dem

²¹ Zur Unsicherheit über die künftige Entwicklung vgl. Khalifa Isaac, Sally, Enthusiastisch ins Ungewissen – Was kommt nach Hosni Mubarak?, IP März/April 2011, S. 10-17 und Schäfer, Isabel, Von der Revolution ins Reformlabor – Wer gestaltet den Übergang in Tunesien?, IP März/April 2011, S. 20-25.

²² China importierte um 2006 rund 60 Prozent seines Öls aus den Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens, vgl. Steinhilber, Jochen, Öl für China: Pekings Strategien der Energiesicherung in Nahost und Nordafrika, IPG 4/2006 (<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipg/03933.pdf>, zuletzt aufgerufen am 30.03.2011), S. 84.

²³ Siehe Anhang 3.

Irak durch Luft- und Seekriegsoperationen starken Beeinträchtigungen ausgesetzt,²⁴ der Sueskanal im Verlauf der Sueskrise 1956/57 und – bedingt durch die Auseinandersetzungen zwischen Israel und Ägypten – zwischen 1967 und 1975 für die Schifffahrt gesperrt worden. Eine Sperrung der Straße von Hormus würde dazu führen, daß die großen Erdölproduzenten am Persischen Golf kein Öl mehr exportieren können – was bei längerer Dauer schwerwiegende Folgen für die Volkswirtschaften der verbrauchenden Industrieländer haben würde. Der Ausfall des Sueskanals dagegen würde zwar zu erhöhten Kosten und verlängerten Transportwegen führen, sich jedoch nicht so dramatisch auswirken wie die Schließung der Straße von Hormus.

Die Folgen einer Unterbrechung der Kommunikationsverbindungen zwischen Europa und Asien sind nicht klar zu definieren, weil nicht ermittelt werden kann, ob und in welchem Umfang Ausweichverbindungen bestehen. Die Gefahr einer Unterbrechung durch Ägypten – dem einzigen Land, in dem das möglich wäre – ist jedoch eher gering.

2.2. Politische Faktoren

Die Bundesrepublik Deutschland besitzt im islamischen Raum Nordafrikas und des Nahen Ostens keine Bündnispartner im Sinne großer Vertragswerke (EU und NATO). Auch historisch bzw. kulturell begründete Sonderbeziehungen – wie sie z.B. Frankreich mit seinen ehemaligen Kolonien Marokko, Algerien und Tunesien unterhält – existieren nicht.

Die einzige Ausnahme von diesem Prinzip bildet das Verhältnis zum Staat Israel. Obwohl Deutschland mit Israel keinen formellen Bündnisvertrag abgeschlossen hat, gilt nach den Verbrechen des Nationalsozialismus die fördernde Partnerschaft mit Israel als Teil der deutschen Staatsraison.²⁵ Diese Partnerschaft beinhaltet zwar keine direkten militärischen oder diplomatischen Beistandsverpflichtungen, begrenzt aber gleichwohl den Handlungsspielraum der Bundesrepublik Deutschland bei der Ausgestaltung ihrer Beziehungen zur islamischen Staatenwelt (z.B. beim Handel mit Rüstungsgütern).

Deutsches Interesse an den politischen Verhältnissen im islamischen Nordafrika und im Nahen Osten bedeutet vor allem Stabilität. Stabile Regierungen, stabile Gesellschaften und stabile wirtschaftliche Entfaltung der islamischen Staaten garantieren, daß die Verkehrswege und Kommunikationslinien offen bleiben und daß der Handelsaustausch, im Wesentlichen also die Belieferung des Weltmarkts mit Öl und Gas, ungestört bleibt. Außerdem sorgt Stabilität dafür, daß die Bevölkerungen der Region vor Ort bleiben und sich dort entwickeln können – ohne nach Europa auswandern zu müssen.

Zu den politischen Interessen Deutschlands im Nahen Osten sowie in Nordafrika gehört außerdem, die Region von dem dominierenden Zugriff konkurrierender Großmächte frei zu halten. Der Einfluß der Vereinigten Staaten von Amerika fällt nicht in diese Kategorie, denn die USA sind wichtigster Verbündeter der Bundesrepublik Deutschland und gleichzeitig Garant der politischen Ordnung im Nahen Osten einschließlich der Existenz Israels. Vielmehr ist es nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1990/91 vor allem China, das als aufstrebende Wirtschaftsmacht versucht, weltweit Ressourcen und Einfluß zu sichern.

Soweit bislang erkennbar, versucht China momentan nicht, exklusive Interessensphären zu schaffen und weltweit als Ordnungsmacht aufzutreten. Allerdings unternimmt China erhebliche Anstrengungen, die für seine Volkswirtschaft enorm wichtige Frage der Energie- und Rohstoffversorgung sicher zu stellen. Das ist im von den USA und zum Teil Europa dominierten

²⁴ Anonymus, Fünf Millionen Schlüssel für das Paradies, Der Spiegel vom 04.01.1988 (<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13525738.html>), zuletzt aufgerufen am 31.03.2011).

²⁵ Dreßler, Rudolf, Gesicherte Existenz Israels – Teil der deutschen Staatsraison, APuZ 15/2005, S. 3-8.

nordafrikanisch-nahöstlichen Raum schwierig. China versucht, in einen fremden Markt hineinzugelangen. Es nutzt dabei den Vorteil, keine politischen und ethischen Ordnungsvorstellungen durchsetzen zu müssen, kann also Beziehungen zu Staaten und Regimes auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit reduzieren – was den demokratisch-pluralistischen Demokratien des Westens so nicht möglich ist, da in denen eine mächtige Öffentlichkeit Politik auch als Mittel zur Durchsetzung von Demokratie und Menschenrechten begreift. Die Kontakte zu China können also den Regierungen Nordafrikas und des Nahen Ostens Alternativen zur einseitigen Bindung an Amerika und Europa bieten, im Sinne des Machterhalts alter Eliten, aber auch bei der Etablierung neuer, vielleicht islamistischer Systeme. Für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik kommt es darauf an, einen solchen schleichenden Machtverlust des Westens zu vermeiden bzw. in seinen Auswirkungen zu begrenzen.

Damit einher geht das politische Interesse Deutschlands am Funktionieren seiner Bündnisysteme sowie der internationalen Vertragswerke (EU, NATO, VN). Der Umgang mit Veränderungen im islamischen Raum darf nicht zum Rückschlag für die deutschen Bemühungen werden, Konfliktlösungen zu verrechtlichen. So müssen sich EU und NATO bemühen, jeweils mit einer Stimme zu sprechen. Innerhalb dieser Institutionen sollte sich Deutschland als Mitgliedsstaat klar positionieren, aber auch Kompromißbereitschaft zeigen. Andernfalls droht eine außenpolitische Marginalisierung beider Institutionen und ein Erstarren nationaler Außenpolitiken, die nicht im Sinne deutscher Integrationsbemühungen auf europäischer und NATO-Ebene ist.

2.3. Risiken

Die Umbrüche in Nordafrika und im Nahen Osten beinhalten zahlreiche Chancen auf Veränderungen in euro-atlantischem Sinn, aber auch eine Reihe von Risiken. Die direkt Deutschland berührenden Risiken betreffen vor allem die Versorgung mit Rohstoffen und insbesondere Erdöl und –gas, die Sicherheit der Transport- und Kommunikationswege nach Asien sowie das Auftreten umfangreicher Flüchtlings- und Migrantenströme in Richtung Europa. Es lassen sich mehrere, eventuell auch überlappend auftretende Szenarien entwerfen:

- *Bürgerkrieg einschließlich lang anhaltender Gewalt in einem oder mehreren Staaten.* Ein Bürgerkrieg mit wechselnden Frontverläufen birgt im Fall der Erdölproduzenten die Gefahr einer partiellen oder auch kompletten Einstellung der Rohstoffgewinnung. Im Fall Libyens brachte der Ausbruch der Kämpfe zwischen dem Gaddafi-Regime und der ostlibyschen Opposition die Erdölgewinnung nahezu zum Erliegen.²⁶ Die Folgen für das jeweilige Land sind dramatisch, da dann keine Exporterlöse mehr in die Rentierwirtschaften des jeweiligen Staates fließen können. Auf Dauer ebenfalls betroffen würden die Entsendestaaten von Gastarbeitern, in denen der volkswirtschaftliche Verlust der Transferleistungen schwer wettzumachen wäre. Hinzu käme für die europäischen Staaten die Zunahme illegaler Einwanderung und der moralische Zwang, gegebenenfalls aus humanitären Gründen Flüchtlinge aufzunehmen. Die ohnehin nur sehr beschränkt funktionierende Regelung der Einwanderung von Afrikanern und Asiaten nach Europa würde mit dem Ausfall der nordafrikanischen Regierungen als Vertragspartner unmöglich werden. Eine mittelbare Folge des Zusammenbruchs von Staatlichkeit kann das Aufkommen von Piraterie darstellen (vor allem im Roten Meer und in den Gewässern um den Jemen).

²⁶ Reitz, Ulrich, Libyen geht das Öl aus, ZDF vom 26.03.2011

(<http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/9/0,3672,8227561,00.html>, zuletzt aufgerufen am 05.04.2011).

- *Die Machtübernahme durch islamistische Gruppierungen.* Eine ruckartige, revolutionsartig stattfindende Islamisierung einzelner oder mehrerer Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens würde ebenfalls Flüchtlinge und Migranten produzieren. Zu denken ist in diesem Fall analog zu den Ereignissen im Iran (nach 1979) und im Irak (nach 2003) an die Auswanderung von Christen und liberalen muslimischen Intellektuellen bzw. von Personen, die einem säkularen Lebensstil anhängen.²⁷ Besonders im Fall bevölkerungsreicher Staaten wie Ägypten, Algerien oder Syrien umfaßt das Potential der dann für eine Migration nach Europa in Frage kommenden Größenordnungen von mehreren Millionen Menschen. Eine weitere Folge einer Islamisierung von Staaten dürfte in einer Verhärtung der Positionen im Nahostkonflikt mit Israel bestehen.²⁸
- *Das Vordringen Chinas und anderer konkurrierender Mächte nach Nordafrika und in den Nahen Osten.* Die bislang noch begrenzten Chancen Chinas, in den politischen und wirtschaftlichen Raum der Region einzudringen, könnten sich im Zuge der Umbrüche erheblich vergrößern. China wird nicht dafür zurückschrecken, zur Erweiterung seines Einflusses und zur Sicherung von Rohstoffen und Absatzmärkten mit allen sieg- und erfolgreichen Kräften der Region zusammenzuarbeiten. Sollte also der Westen Gewalt anwendende Diktatoren oder künftige islamistische Regime mit Sanktionen überziehen, ergäbe sich für China (und eventuell Indien) die Möglichkeit, mit seinen Ressourcen zur Systemstabilisierung beizutragen und sich im Gegenzug wirtschaftlichen und politischen Einfluß zu sichern.

Die nachhaltigsten Folgen für Deutschland ergeben sich folglich aus dem Auftreten von Flüchtlings- und Migrantenströmen. Die größte Gefahr in diesem Zusammenhang sind die Machtübernahme durch islamische Fundamentalisten, lang anhaltender Bürgerkrieg und das Zerfallen von Staaten.

3. Handlungsmöglichkeiten deutscher Sicherheitspolitik

3.1. Ziele und Bedingungen

Der Einfluß der Bundesrepublik Deutschland auf die Entwicklungen in Nordafrika und im Nahen Osten ist nicht groß. Es stehen weder finanzielle noch wirtschaftliche Ressourcen in ausreichendem Maß zur Verfügung, die es gestatten würden, entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung zu nehmen, von militärischen ganz zu schweigen. Dennoch ist es, vor allem im Zusammenspiel mit den Partnern in EU und NATO, durchaus möglich, die Entwicklung in deutschem Sinn zu begleiten. Ein besonderes Problem stellt dabei die Tatsache dar, daß im politischen Diskurs innerhalb der Bundesrepublik üblicherweise kaum materielle Interessen Deutschlands formuliert werden und die Ziele von Außenpolitik folglich wenig konkretisiert sind,

²⁷ Nach Meinung vieler Beobachter werden in Ägypten die Kopten nach einem eventuellen Wechsel zu einer demokratischen Regierungsordnung wegen des Erstarkens muslimischer Fundamentalisten rechtlich und sozial schlechter dastehen als noch unter Mubarak, selbst wenn keine islamistische Diktatur droht, siehe u.a. Lange, Michael A., Umbruch im Nahen Osten – Was folgt auf die Ereignisse in Tunesien und Ägypten, KAS-Auslandsinformationen, Sonderausgabe 22.02.2011, S. 7-33, hier S. 26.

²⁸ Yaron, Gil, Der schiitische Halbmond wird rund – Und der Westen verliert seine ehemaligen Verbündeten, IP März/April 2011, S. 38-43.

abgesehen von dem Wunsch nach einer Wertegebundenheit deutscher Politik.²⁹ Das macht es schwierig, im Einzelfall bestimmte Vorgehensweisen zu planen und später zu begründen. Diese historisch bedingte Besonderheit Deutschlands führt im Bereich der Sicherheitspolitik dazu, daß der deutschen Regierung militärische Instrumente nicht im selben Ausmaß zur Verfügung stehen wie selbst engen Partnern, also etwa den USA, Großbritannien, Frankreich und Italien.³⁰ Wie im März 2011 die Debatte um die Einrichtung einer Flugverbotszone über Libyen gezeigt hat, ist keine relevante politische Richtung Deutschlands bereit, die Bundeswehr in weitere Kampfeinsätze (neben Afghanistan) im islamischen Raum zu entsenden. Daher verengt sich das Instrumentarium, mit dem Deutschland auf sicherheitspolitische Herausforderungen in Nordafrika und im Nahen Osten zurückgreifen kann, auf Maßnahmen unterhalb der Schwelle militärischer Gewaltanwendung – abgesehen von einer Ausnahme: Wenn nämlich medienwirksam Völkermord und schwerste Menschenrechtsverletzungen in die deutsche Öffentlichkeit kommuniziert werden und gleichzeitig VN, NATO und gegebenenfalls EU ein bewaffnetes Eingreifen zum Schutz der Bevölkerung erwägen würden. Diese Bedingungen waren jedoch in Libyen – bei aller Härte der dortigen Auseinandersetzungen – bis zum Dezember 2011 nicht erfüllt.

Das vordringliche Ziel deutscher Sicherheitspolitik im islamischen Nordafrika und im Nahen Osten muß darin bestehen, die in Kapitel 2.3. formulierten Risiken und Bedrohungen abzuwenden oder – sollte das nicht möglich sein – in ihren Auswirkungen zu Begrenzen. Positiv formuliert handelt es sich darum,

- die deutsche Energieversorgung und
- wichtige Transport- und Kommunikationswege offen zu halten sowie
- unkontrollierte Migration nach Europa und damit nach Deutschland zu verhindern.

Dazu stehen mit den oben erwähnten Einschränkungen verschiedene Instrumente zu Verfügung:

3.2. Der zivile Ansatz

Der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland entsprechend stehen nicht-militärische Lösungsansätze im Vordergrund deutscher Verfahren der Sicherheitspolitik. Im Hinblick auf Nordafrika und den Nahen Osten ist vor allem an folgende Instrumente zu denken:³¹

- Zusammenarbeit im Bereich Forschung und Bildung
- Stärkung von im humanitären Bereich arbeitenden Hilfsorganisationen (NGOs)
- Nationenbildung (*nation building*)³²
- direkte humanitäre Hilfe
- diplomatische Initiativen
- Beobachtermissionen (z.B. bei Wahlen)
- politische und wirtschaftliche Sanktionen

²⁹ Siehe dazu u.a. die Einleitung zu Steinberg, Guido (Hg.), Deutsche Nah- Mittelost- und Nordafrikapolitik – Interessen, Strategien, Handlungsoptionen, SWP-Studie, Berlin 2009, S. 5-6.

³⁰ Gattermann, Claus Heinrich, Krieg im Frieden? Die Bundesrepublik Deutschland und die innergesellschaftliche Bewältigung von Konflikten im Rahmen von Auslandseinsätzen der Bundeswehr, Berlin 2010 (<http://www.studienhistorica.de/kriegimfrieden.pdf>, zuletzt aufgerufen am 06.04.2011).

³¹ Zur europäischen Ebene vgl. Möller, Almut, Neue Wege für Nordafrika – Was bei einer Reform der EU-Mittelmeerpolitik berücksichtigt werden sollte, IP März/April 2011, S. 46-49.

³² Zur Bedeutung der Verhinderung des Zerfalls von Staaten vgl. Perthes, Volker, Nahöstliche Risikoszenarien... und Leitlinien für westliches Engagement, IP November/Dezember 2010, S. 82-88.

- Aufnahme von Flüchtlingen

Die Konfliktlösung mit zivilen Mitteln hat den Vorteil, im innerdeutschen politischen Diskurs relativ leicht durchsetzbar zu sein – abgesehen von der Aufnahme umfangreicher Flüchtlingskontingente, die deshalb nur in Ausnahmefällen zur Anwendung kommen dürfte. Sie dient dazu, einerseits sich anbahnende Auseinandersetzungen zu entschärfen, andererseits nach Ausbruch von Konflikten Position zu beziehen. Herrschende Eliten und Konfliktparteien können – je nach Kooperationsbereitschaft – gestützt oder geschwächt, die Folgen von Gewalt gelindert werden. Schließlich ist es möglich, zivilgesellschaftliche Verfahren der Krisenbewältigung zu entwickeln, die zur Stabilisierung des jeweiligen Landes bzw. der Region führen.

Zivile Instrumente der Konfliktlösung bzw. -verhütung sind im Regelfall nicht geeignet, sich schnell entwickelnde Vorgänge nachhaltig zu beeinflussen. Sie sind – abgesehen von direkter humanitärer Hilfe und der Aufnahme von Flüchtlingen – mittel- bis langfristig angelegt. Außerdem funktionieren einige von ihnen nur, wenn eine, möglichst aber alle Konfliktparteien generell bereit sind, Hilfe von außen, in diesem Fall also durch Deutschland, zu akzeptieren.³³ Im Fall Libyens 2011 z.B. verfügte Staatschef Muammar al-Gaddafi über hinreichend Finanzmittel, um längere Zeit Sanktionen der internationalen Gemeinschaft aushalten zu können. Außerdem befand sich ein Großteil des Gerätes der libyschen Armee in seiner Hand. Prozesse der Nationenbildung, diplomatische Initiativen sowie die Zusammenarbeit bei Bildung und Forschung können in einer Phase der Konfliktverhärtung auch nicht zum Einsatz kommen – zumal das libysche Regime die politisch-moralischen Werte Deutschlands und Europas nicht teilte und nicht bereit war, über einen Abtritt zu verhandeln, so daß schließlich der Konflikt auf militärische Weise gelöst wurde. Ähnliche Beispiele, in denen zivile Konfliktlösungsstrategien einschließlich Sanktionen nicht zum Erfolg führten, bilden der Irak Saddam Husseins nach 1991, der Iran Khomeinis nach 1979, Nordkorea, Serbien in den Zerfallskriegen Jugoslawiens u.a.

Sollten zivile Konfliktlösungsmechanismen nur dann wirken können, wenn generell die Bereitschaft der streitenden Parteien vorhanden ist, die Ziele dieser Mechanismen mitzutragen, lohnt es sich, einen Blick auf die Bedingungen zu werfen, die dazu erfüllt sein müssen. Deutschland und Europa werden vom eigenen Selbstverständnis her kaum in der Lage sein, explicit islamisch-fundamentalistische Bewegungen zu unterstützen. Auch nach europäischen Begriffen archaisch organisierte Stammesbewegungen dürften kaum den Ansprüchen genügen, die das pluralistische Deutschland an zu fördernde Partner stellt. Letztlich kommen also für ein ziviles sicherheitspolitisches Engagement Deutschlands nur Gesellschaften in Frage, die zumindest in Ansätzen Chancen auf eine Verbesserung der Menschenrechts- und Sicherheitslage bieten. Das aber können nur solche sein, in denen städtische Schichten Prozesse der Individualisierung und Säkularisierung in Richtung einer Zivilgesellschaft durchlaufen haben. Allerdings ist in der islamischen Staatenwelt Nordafrikas und des Nahen Ostens kein Staat erkennbar, in dem sich solche Gruppen in nennenswertem Umfang gebildet haben – vielleicht abgesehen von Tunesien³⁴ und dem Libanon. Das Vertrauen, das manche deutsche Beobachter in die Wirksamkeit ziviler Maßnahmen setzen, muß also zumindest hinterfragt werden.³⁵ Vor allem muß sich die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik bemühen, nicht unbeabsichtigt das Maß an Stabilität und die Menschenrechtslage durch eigene Maßnahmen zu schwächen bzw. zu verschlechtern – wie es 1978/79 im Zusammenhang mit dem Sturz des Schahs und der

³³ Zu den engen Grenzen der Zusammenarbeit auch mit funktionierenden Staaten am Beispiel Saudi-Arabiens vgl. Steinberg, Guido, Saudi-Arabien als Partner deutscher Nahostpolitik: Problemstellung und Empfehlungen, SWP-Studie 35, Dezember 2008, S. 31.

³⁴ Zur speziellen Situation Tunesiens vgl. Asseburg, Muriel und Isabelle Werenfels, Tunesien: Einzelfall oder erster Dominostein? Vergleichbare Probleme – unterschiedliche Rahmenbedingungen, SWP-Aktuell 4, Januar 2011, S. 2.

³⁵ Siehe z.B. Asseburg, Muriel und Stephan Roll, Ägyptens Stunde null? – Akteure, Interessen, Szenarien, SWP-Aktuell 10, Februar 2011, S. 8.

islamischen Revolution im Iran geschah, als euro-atlantische Regierungen von der Ablösung des Schahs etwas vorschnell positive Effekte erwartet hatten. Die Unterstützung einer säkularen Diktatur kann humaner und damit den deutschen und europäischen Werten entsprechender sein als der unbedingte Kampf für Demokratisierung, wenn am Ende eine Herrschaft von Islamisten entsteht, die dann gewaltige Flüchtlingszahlen produziert. Zu warnen ist davor, Utopien – wie etwa die Verwirklichung einer pluralistischen, weltlichen Demokratie – im islamischen Raum zu verfolgen.

Ein wichtiger Aspekt bei der Bewältigung von Bürgerkriegsfolgen kann die humanitäre Hilfe sein. Sie kann mit dazu beitragen, daß sich Flüchtlings- und Migrantenströme erst gar nicht bilden bzw. nach ihrer Entstehung heimatnah und im regionalen Kontext verbleiben. Das wird jedoch nur bei Bürgerkriegen praktikabel sein. Die im Gefolge einer islamistischen Machtübernahme in bevölkerungsreichen Staaten wie Ägypten oder Syrien auftretenden Auswanderermassen lassen sich auch mit humanitärer Hilfe nicht in den jeweiligen Nachbarländern halten – zumal kaum ein muslimisch geprägtes Land bereit sein würde, Millionen von Christen und säkular denkenden Intellektuellen aufzunehmen.

3.3. Kleine Schritte – militärische Kooperation

Militärische Kooperation zwischen Deutschland und den Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens schafft prinzipiell die Möglichkeit, Einfluß auf einen wichtigen Teil von Staatlichkeit zu nehmen – oder, präziser formuliert, auf den Teil des Staatsapparats der meisten Staaten, der sicherheitspolitisch besonders relevant ist und dem bei der Verhinderung oder Beendigung gewalttätiger Konflikte eine herausgehobene Rolle zufällt. Die Bundesrepublik Deutschland bietet dafür – analog zu Bemühungen wichtiger Verbündeter wie Großbritannien und Frankreich – ein ausgewähltes Instrumentarium der internationalen Kooperation an: Militärische Zusammenarbeit, bilaterale Jahresprogramme, militärische Ausbildungshilfe, militärische Beratung, gemeinsame Übungen und materielle Unterstützungsmaßnahmen inklusive Ausstattungshilfe..

Ebenso wie im Fall der zivilen Konfliktlösungsinstrumente ist auch die militärische Kooperation nur dann erfolgreich umsetzbar, wenn die Regierungen und Armeen, gegebenenfalls auch zu fördernde Aufstandsbewegungen der islamischen Staaten zur Zusammenarbeit bereit sind. Das war und ist durchaus nicht immer gegeben. Eine weitere Einschränkung erfährt die Wirksamkeit militärischer Kooperation noch dadurch, dass die teilnehmenden Streitkräfte der islamischen Staaten mehr Interesse an der Vermittlung militärischer Fähigkeiten haben als daran, politische Werte und solche der Inneren Führung zu übernehmen. Eine umfassende Reform des Sicherheitssektors (*security sector reform*, SSR) ist unter solchen Bedingungen kaum umzusetzen.

Bislang existierten nur mit folgenden Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens Projekte der militärischen Kooperation: Ägypten, Algerien, Libyen, Marokko, Mauretanien und Saudi-Arabien. Die Zusammenarbeit mit Libyen und Saudi-Arabien liegt schon sehr lange zurück (1978 bzw. 2002). Mit Algerien findet Kooperation in geringem Rahmen statt, ebenso mit Marokko und Mauretanien. Vor allem Marokko scheint an der Vermittlung westlicher Werte an seine Streitkräfte kein Interesse zu haben. Intensiv ist die Zusammenarbeit mit Tunesien und Ägypten. Hier nicht zu klären ist, ob die Weigerung beider Armeen, die Aufstände zu Beginn des Jahres 2011 niederzuschlagen, auch mit der militärischen Kooperation mit Deutschland zusammenhängt.

Ähnlich wie der zivile Ansatz ist auch die militärische Kooperation – abgesehen von eventuellen materiellen Unterstützungsmaßnahmen – langfristig angelegt. Als Instrument zur Bewältigung akuter Krisen ist sie nicht geeignet.

3.4. „Hard Power“ – Die Projektion militärischer Machtmittel in den islamischen Raum Nordafrikas und des Nahen Ostens

Nach den Erfahrungen mit dem Einsatz in Afghanistan wird die deutsche Politik auf absehbare Zeit nicht bereit und angesichts des Einflusses der öffentlichen Meinung auch nicht in der Lage sein, zur Durchsetzung sicherheitspolitischer Ziele in der islamischen Staatenwelt Nordafrikas und des Nahen Ostens in nennenswerter Größenordnung Bodentruppen einzusetzen, erst recht keine Kampfverbände. Der Einsatz militärischer Gewalt im Rahmen der Umbrüche in Nordafrika und des Nahen Ostens ist allenfalls in drei Szenarien denk- und durchführbar:

Erstens zur Überwachung und zum Schutz von Seewegen vor Piraten ähnlich den Operationen, die schon jetzt am Horn von Afrika durchgeführt werden. Beim Aufkommen eines Piratenwesens etwa im Jemen wäre an eine Ausweitung des jetzigen Engagements der Bundeswehr zu denken.

Zweitens zur Evakuierung von Deutschen und anderen in Frage kommenden Personen aus Krisengebieten bzw. akuten Gefahrensituationen. Unter nationaler Führung durch die Bundeswehr bzw. in Zusammenarbeit mit Großbritannien wurden in einer entsprechenden Operation bereits Personen aus Libyen ausgeflogen. Für die Zukunft hat die EU mit der Zustimmung zur noch im Detail auszuplanenden Operation *Eufor Libya* die Weichen für ein Evakuierungsvorhaben gestellt,³⁶ an dem sich auch die Bundeswehr beteiligen kann. Ein ähnliches Vorgehen wäre auch bei Krisen in anderen Staaten der Region möglich.

Drittens kann es erforderlich sein, humanitäre Hilfsmaßnahmen militärisch abzusichern. Auch dabei wäre ein Einsatz von Bundeswehrrkontingenten im Rahmen von VN, NATO oder EU denkbar.

Insgesamt wird es mit dem Einsatz militärischer Gewalt nicht möglich sein, die Umbrüche in der islamischen Welt nachhaltig in deutschem Sinn zu beeinflussen. Die einzige Ausnahme davon dürfte ein Konflikt zwischenstaatlicher Natur darstellen, etwa Schiitenaufstände großen Ausmaßes in den Golfstaaten mit einem Eingreifen des Iran auf schiitischer Seite. In diesem Fall dürfte jedoch die Projektion amerikanischer Macht entscheidend zur Bewältigung der Krise sein.

Fazit

Sicherheitspolitische Interessen Deutschlands in Nordafrika und im Nahen Osten bestehen vor allem auf drei Feldern: Versorgung mit fossilen Energieträgern, Verkehrs- und Kommunikationswege von Europa nach Asien und Migration. Diese drei Felder können durch Umbrüche im dortigen Raum sehr unterschiedlich betroffen werden:

Mit einer lang anhaltenden und mehrere Staaten betreffenden Reduzierung oder gar einem Ausfall der Gewinnung von Erdöl und –gas ist nicht zu rechnen, da jedes denkbare Regime, bestehende wie zukünftige, auf die Einnahmen aus dem Rohstoffexport angewiesen ist. Zu kalkulieren ist allenfalls mit kurzfristigen Engpässen, sollten wichtige Förderländer (etwa Saudi-Arabien) durch Unruhen oder Bürgerkrieg in Mitleidenschaft gezogen werden. Eine Nebenfolge kann das Eindringen chinesischer und anderer konkurrierender Staaten in die Strukturen der nahöstlichen und nordafrikanischen Rohstoffgewinnung sein.

³⁶ Europäischer Rat, Developments in Libya: An Overview of the EU's Response, updated 1 April ([http://www.european-council.europa.eu/home-page/highlights/événements-en-libye-un-aperçu-de-la-réaction-de-l'ue-\(mise-à-jour-1er-avril\).aspx?lang=de](http://www.european-council.europa.eu/home-page/highlights/événements-en-libye-un-aperçu-de-la-réaction-de-l'ue-(mise-à-jour-1er-avril).aspx?lang=de), zuletzt aufgerufen am 07.04.2011).

Eine Sperrung von Verkehrswegen ist unter Inkaufnahme höherer Kosten und längerer Transportwege zu kompensieren. Kritisch wäre lediglich die langfristige Sperrung der Straße von Hormus im Falle eines zwischenstaatlichen Konflikts unter Beteiligung des Iran. In ihren Auswirkungen nicht genau zu ermessen ist die Unterbrechung von Kommunikationsverbindungen zwischen Europa und Asien. Diese ist lediglich in Ägypten möglich.

Das Aufkommen umfangreicher Migrationsströme ist zu erwarten bei längeren Bürgerkriegen, beim Zerfall von Staaten und bei der Machtübernahme islamisch-fundamentalistischer Gruppen in bevölkerungsreichen Staaten. Migration hätte in diesem Fall nachhaltige Auswirkungen auf die europäische (und deutsche) Einwanderungskontrolle und damit auf die ethnische Zusammensetzung der europäischen Bevölkerungen. Das in Frage kommende Potential liegt im Extremfall bei mehreren Millionen Menschen.

Das sicherheitspolitische Instrumentarium der Bundesrepublik Deutschland zur Bewältigung der Herausforderungen im islamischen Raum Nordafrikas und des Nahen Ostens ist eng begrenzt. Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte und dem Selbstverständnis Deutschlands als Zivilmacht ist militärische Machtprojektion nur in sehr bescheidenem Maß denkbar. Zivilgesellschaftliche Maßnahmen und solche der militärischen Kooperation entfalten im Regelfall lediglich mittel- bis langfristig Wirkung. Sie taugen kaum zur akuten Krisenbewältigung. Das Aufkommen von Flüchtlingswellen ist nur dann kanalisierbar, wenn die Ursache in Bürgerkriegen besteht und es mit humanitärer Hilfe gelingt, die Menschenmassen in der Region zu halten. Bei islamistischen Machtübernahmen werden Deutschland und Europa umfangreiche Flüchtlingskontingente aufnehmen müssen.

Deutschland muß sich daher darauf konzentrieren, das beschränkte eigene Potential mit dem von Partnern zu bündeln, namentlich durch gemeinsames Vorgehen in EU, NATO und VN. Auf Alleingänge ist nach Möglichkeit zu verzichten, da auf diese Weise weder die Konflikte noch ihre Folgen bewältigt werden können, wohl aber Schäden in den deutschen Bündnissystemen auftreten würden. Dies wäre die sicherheitspolitisch bedenklichste Folge der Umbrüche im islamischen Nordafrika und Nahen Osten.

Literatur

Anderson, Ewan William, *The Middle East – Geography and Geopolitics*, London/New York 2000.

Anonymus, Fünf Millionen Schlüssel für das Paradies, *Der Spiegel* vom 04.01.1988 (<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13525738.html>, zuletzt aufgerufen am 31.03.2011).

Asseburg, Muriel und Isabelle Werenfels, Tunesien: Einzelfall oder erster Dominostein? Vergleichbare Probleme – unterschiedliche Rahmenbedingungen, *SWP-Aktuell* 4, Januar 2011.

Asseburg, Muriel und Stephan Roll, Ägyptens Stunde null? – Akteure, Interessen, Szenarien, *SWP-Aktuell* 10, Februar 2011.

Avenarius, Tomas, Schlagkräftige Stütze des Regimes – Revolutionswächter im Iran, *Süddeutsche Zeitung* vom 18.06.2009 (<http://www.sueddeutsche.de/politik/revolutionswaechter-in-iran-schlagkraeftige-stuetze-des-regimes-1.440524>, zuletzt aufgerufen am 28.03.2011).

Böll, Martin, Arabische Golfstaaten investieren weltweit in Landwirtschaft (<https://www.gtai.de/fdb-SE,MKT201101198018,Google.html>, zuletzt aufgerufen am 29.03.2011).

BP Statistical Review of World Energy June 2010 (http://www.bp.com/liveassets/bp_internet/globalbp/globalbp_uk_english/reports_and_publications/statistical_energy_review_2008/STAGING/local_assets/2010_downloads/statistical_review_of_world_energy_full_report_2010.pdf, zuletzt aufgerufen am 22.02.2011).

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Tabelle Rohölimporte November 2009 vom 05.01.2010 (<http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Presse/tagesnachrichten,did=325450.html?view=renderPrint>, zuletzt aufgerufen am 30.03.2011).

Döring, Till, Der Konflikt um die Westsahara. Die MINURSO – eine „Mission Impossible“?, München 2010.

Dostal, Walter, Gesellschaft, in: ders., Tribale Gesellschaften der südwestlichen Regionen des Königreichs Saudi Arabien. Sozialanthropologische Untersuchungen, Wien 2006 (Veröffentlichungen zur Sozialanthropologie Band 8), S. 23-88.

Dostal, Walter (Hg.), Tribale Gesellschaften der südwestlichen Regionen des Königreichs Saudi Arabien. Sozialanthropologische Untersuchungen, Wien 2006 (Veröffentlichungen zur Sozialanthropologie Band 8).

Dreßler, Rudolf, Gesicherte Existenz Israels – Teil der deutschen Staatsraison, APuZ 15/2005, S. 3-8.

Europäischer Rat, Developments in Libya: An Overview of the EU's Response, updated 1 April ([http://www.european-council.europa.eu/home-page/highlights/événements-en-libye-un-aperçu-de-la-réaction-de-l'ue-\(mise-à-jour-1er-avril\).aspx?lang=de](http://www.european-council.europa.eu/home-page/highlights/événements-en-libye-un-aperçu-de-la-réaction-de-l'ue-(mise-à-jour-1er-avril).aspx?lang=de), zuletzt aufgerufen am 07.04.2011).

Gattermann, Claus Heinrich, Krieg im Frieden? Die Bundesrepublik Deutschland und die innergesellschaftliche Bewältigung von Konflikten im Rahmen von Auslandseinsätzen der Bundeswehr, Berlin 2010 (<http://www.studia-historica.de/kriegimfrieden.pdf>, zuletzt aufgerufen am 06.04.2011).

Khalifa Isaac, Sally, Enthusiastisch ins Ungewissen – Was kommt nach Hosni Mubarak?, IP März/April 2011, S. 10-17.

Kreitmeyr, Nadine und Oliver Schlumberger, Autoritäre Herrschaft in der arabischen Welt, in: APuZ 24/2010, S. 16-22.

Lange, Michael A., Umbruch im Nahen Osten – Was folgt auf die Ereignisse in Tunesien und Ägypten, KAS-Auslandsinformationen, Sonderausgabe 22.02.2011, S. 7-33.

Mayer, Florian, Zur Bedeutung von Renteneinnahmen für die politische und ökonomische Entwicklung der MONA-Region: Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft, Papier der Friedrich-Ebert Stiftung, ohne Jahr [um 2006/07] (<http://library.fes.de/pdf-files/iez/04276.pdf>, zuletzt aufgerufen am 28.03.2011).

Möller, Almut, Neue Wege für Nordafrika – Was bei einer Reform der EU-Mittelmeerpolitik berücksichtigt werden sollte, IP März/April 2011, S. 46-49.

Perthes, Volker, Nahöstliche Risikoszenarien...und Leitlinien für westliches Engagement, IP November/Dezember 2010, S. 82-88.

Reissner, Johannes, Irans Selbstverständnis als Regionalmacht – Machtstreben im Namen antikolonialer Modernität, SWP-Studie, Berlin 2008.

Reitz, Ulrich, Libyen geht das Öl aus, ZDF vom 26.03.2011 (<http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/9/0,3672,8227561,00.html>, zuletzt aufgerufen am 05.04.2011).

Schäfer, Isabel, Von der Revolution ins Reformlabor – Wer gestaltet den Übergang in Tunesien?, IP März/April 2011, S. 20-25.

Schumacher, Tobias, Wohlstand für wenige – Die arabische Welt fordert mehr Wohlstand und soziale Gerechtigkeit, IP März/April 2011, S. 30-35.

Singh, Nagendra Kumar und Abdul Mabud Khan (Hg.), Encyclopaedia of the World Muslims – Tribes, Castes and Communities, 4 Bände, New Delhi 2001 (Nachdruck 2002).

Steinberg, Guido, Saudi-Arabien als Partner deutscher Nahostpolitik: Problemstellung und Empfehlungen, SWP-Studie 35, Dezember 2008.

Steinberg, Guido (Hg.), Deutsche Nah- Mittelost- und Nordafrikapolitik – Interessen, Strategien, Handlungsoptionen, SWP-Studie, Berlin 2009.

Steinhilber, Jochen, Öl für China: Pekings Strategien der Energiesicherung in Nahost und Nordafrika, IPG 4/2006 (<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipg/03933.pdf>, zuletzt aufgerufen am 30.03.2011).

Suleiman, Sander Samir, Elitenwechsel und gesellschaftliche Transformation in der arabisch-islamischen Welt – Eine vergleichende Untersuchung zu Jordanien und Marokko, Diss. München 2009.

The World Factbook der CIA (<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/index.html>, zuletzt aufgerufen am 21.02.2011).

White, Stephen, Iran claims UAE has agreed to Gulf island talks, Construction Week vom 22.03.2011 (<http://www.constructionweekonline.com/article-11503-iran-claims-uae-agreed-to-gulf-island-talks/>, zuletzt aufgerufen am 30.03.2011).

Yaron, Gil, Der schiitische Halbmond wird rund – Und der Westen verliert seine ehemaligen Verbündeten, IP März/April 2011, S. 38-43.

Zand, Bernhard, Pulverfaß am Schatt al-Arab, Der Spiegel vom 28.03.2007 (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,474342,00.html>, zuletzt aufgerufen am 30.03.2011).

Anhänge

Anhang 1: Islamische Staaten Nordafrikas und des Nahen und Mittleren Ostens

Land	Fläche (Mio. qkm)	Einwohner (in Mio.)	Alter (Schnitt)	Anteil Muslime (in %)	Alpha- betisierung	BSP (Mrd. \$)
Ägypten	1,00	80,47	24,0	90	71,4	501
Algerien	2,38	37,59	27,1	99	69,9	255
Bahrein	0,00	0,73	30,4	81	86,5	30
Irak	0,44	29,67	20,6	97	74,1	118
Iran	1,65	76,92	26,3	98	77,0	864
Jemen	0,53	23,50	17,9	99	50,2	62
Jordanien	0,09	6,41	21,8	93	89,9	34
Katar	0,01	0,84	30,8	78	89,0	122
Kuweit	0,02	2,79	26,4	85	93,3	144
Libanon	0,01	4,13	29,4	60	87,4	59
Libyen	1,76	6,46	24,2	97	82,6	89
Marokko	0,45	31,63	26,5	99	52,3	154
Mauretanien	1,03	3,21	19,3	100	51,2	7
Oman	0,31	2,97	23,9	99	81,4	77
Palästina	0,01	4,12	19,6	84	92,4	13
Saudi-Arab.	2,15	26,73	24,9	100	78,8	623
Syrien	0,19	22,20	21,5	90	79,6	106
Tunesien	0,16	10,59	29,7	98	74,3	100
VAE	0,08	4,98	30,2	96	77,9	200
West-Sahara	0,27	0,49	20,1	100	?	1
Summe	12,54	376,43	-	-	-	3559
Deut schl.	0,36	82,28	44,3	4	99	2951
EU	4,32	492,39	-	-	-	14890
USA	9,83	310,23	36,8	1	99	14720
China	9,60	1330,14	35,2	1	91,6	9872
Rußland	17,10	139,39	38,5	15	99,4	2290
Indien	3,28	1173,11	25,9	13,4	61	4061

Quelle: The World Factbook der CIA (<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/index.html>, zuletzt aufgerufen am 21.02.2011).

Anhang 2: Erdölförderung und –reserven im arabisch-islamischen Raum 2009

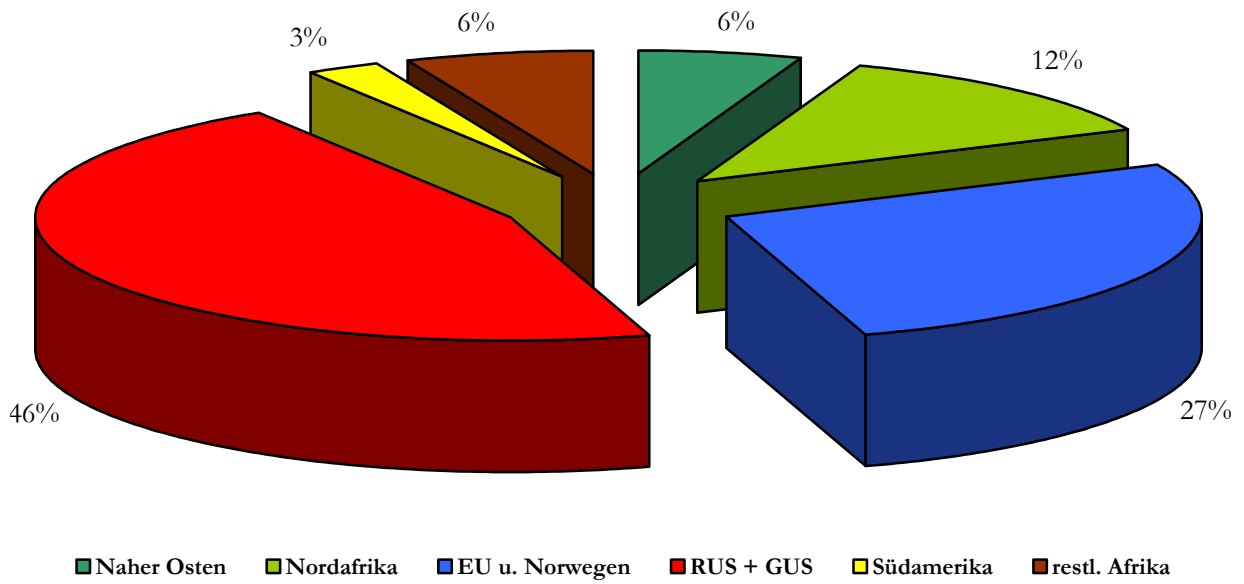
Gesicherte Reserven. Förderung pro Tag im Durchschnitt. Abkürzung nr = im Weltmaßstab nicht relevant.

Land	Erdöl Reserven Mrd. Barrel	Erdöl Reserven (% Welt)	Erdöl Förderung Tsd. Barrel	Erdöl Förderung (% Welt)	Erdgas Reserven (% Welt)	Erdgas Förderung (% Welt)
Ägypten	4,4	0,3	742	0,9	1,2	2,1
Algerien	12,2	0,9	1811	2,0	2,4	2,7
Bahrein	nr	nr	nr	nr	nr	0,4
Irak	115,0	8,6	2482	3,2	1,7	nr
Iran	137,6	10,3	4216	5,3	15,8	4,4
Jemen	2,7	0,2	298	0,4	0,3	nr
Jordanien	nr	nr	nr	nr	nr	nr
Katar	26,8	2,0	1345	1,5	13,5	3,0
Kuweit	101,5	7,6	2481	3,2	1,0	0,4
Libanon	nr	nr	nr	nr	nr	nr
Libyen	44,3	3,3	1652	2,0	0,8	0,5
Marokko	nr	nr	nr	nr	nr	nr
Mauretanien	nr	nr	nr	nr	nr	nr
Oman	5,6	0,4	810	1,0	0,5	0,8
Palästina	nr	nr	nr	nr	nr	nr
Saudi-Arab.	264,6	19,8	9713	12,0	4,2	2,6
Syrien	2,5	0,2	376	0,5	0,2	0,2
Tunesien	0,6	0,0	86	0,1	nr	nr
VAE	97,8	7,3	2599	3,2	3,4	1,6
West-Sahara	nr	nr	nr	nr	nr	nr
Summe	815,6	60,9	28611	35,3	45	18,7
Deutschl.	nr	nr	nr	nr	nr	nr
EU	6,3	0,5	2082	2,6	1,3	5,7
USA	28,4	2,1	7196	8,5	3,7	20,1
China	14,8	1,1	3790	4,9	1,3	2,8
Rußland	74,2	5,6	10032	12,9	23,7	17,6
Indien	5,8	0,4	754	0,9	0,6	1,3

Quelle: BP Statistical Review of World Energy June 2010

(http://www.bp.com/liveassets/bp_internet/globalbp/globalbp_uk_english/reports_and_publications/statistical_energy_review_2008/STAGING/local_assets/2010_downloads/statistical_review_of_world_energy_full_report_2010.pdf, zuletzt aufgerufen am 22.02.2011).

**Anhang 3: Deutsche Rohölimporte nach Ursprungsregionen und -ländern
Dezember 2008 bis November 2009**



Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Tabelle Rohölimporte November 2009 vom 05.01.2010
(<http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Presse/tagesnachrichten,did=325450.html?view=renderPrint>, zuletzt aufgerufen am 30.03.2011).